



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 2./3. März 2021

Die letzte Session in dieser Legislatur stand erneut im Zeichen von diversen dringlichen Vorstössen sowie von der Absegnung einer neuen Not-Verordnung. Ansonsten war die Session relativ ruhig und effizient. Die Wahlen, die am Sonntag anstehen, haben sicherlich das ihrige dazu beigetragen. Für 14 Kantonsrätinnen und Kantonsräte war es (bewusst) die letzte Session.

Am meisten zu diskutieren gaben **mehrere Aufträge im Zusammenhang mit den Corona-Massnahmen**. Dabei ging es primär um die Entschädigung der Firmen, welche aufgrund der Massnahmen (grössere) Umsatzeinbussen hatten bzw. haben. Ein Auftrag verlangte, dass statt wie bei der bisherigen Lösung (Einbussen von mind. 40%) die Grenze neu bei 25% festgesetzt werden soll. So sollen mehr Firmen gestützt werden. Die Unterstützung der Wirtschaft galt es den Folgekosten für den Kanton gegenüberzustellen, welche zum heutigen Zeitpunkt aber kaum absehbar sind. Der Vorstoss wurde mit 66:28 für erheblich erklärt. Noch klarer angenommen (einstimmig) wurde der Auftrag, welcher verlangte, dass die Höchstgrenze des nicht rückzahlbaren Härtefallbetrages von aktuell CHF 250'000 auf neu CHF 750'000 (und somit auf Niveau Bund) angehoben werden soll.

Genehmigt wurde ein Kredit für den Bau einer neuen **Seilbrücke in der Region «Gschliff»** bei Günsberg. Dies, weil der ursprüngliche Weg momentan nicht (gut) begehbar und gefährlich ist. Zu diskutieren gaben dabei die hohen Investitionskosten von rund CHF 700'000, was für 50 Meter Wanderweg eine stolze Summe ist. Innerhalb der Finanzkommission konnte uns der Regierungsrat aber plausibel erklären, wieso dieses Projekt so teuer und dennoch nötig bzw. sinnvoll ist. Die Kosten entstehen weniger durch die Seilbrücke selbst, sondern haben viel mehr mit dem instabilen Gelände zu tun, was umfangreiche Sicherungsarbeiten mit sich bringt. Diese würden aber auch bei der Alternative – der Renovation des bestehenden Weges – anfallen, jedoch mit unsicherem Ausgang, wie lange dies halten würde. Die Seilbrücke hat dazu noch einen gewissen «touristischen» Effekt.

Ein Auftrag verlangte, dass es **kein schulfrei** mehr geben soll **aufgrund von Weiterbildungen** der Lehrpersonen. Der Regierungsrat und auch die vorberatende Bildungskommission hat aber aufzeigen können, dass dies nur in Ausnahmefällen vorkommt, und daher einen geänderten (und abgeschwächten) Auftragstext vorgeschlagen, der grossmehrheitlich angenommen wurde.

Auf dem Tisch lag ein Auftrag zum **«Ausbau vom Nachtbusangebot»**. Für diesen Vorstoss sprach, dass damit eine Harmonisierung des Angebotes besser möglich wird. Dagegen sprachen die damit verbundenen neuen Kosten, was gerade in der aktuellen Lage und angesichts des Schuldenberges des Kantons suboptimal ist. Bei dieser Abwägung entschied sich die Mehrheit für den Ausbau des Nachtbusangebotes.

Ein Auftrag **«Bürokratieabbau – weniger Steuerrechnungen»**, den ich als Zweitunterzeichner auch wesentlich mitgeprägt habe, wurde fast einstimmig angenommen. Ziel ist es, dass zukünftig die Gemeinden das Inkasso der Steuererklärungen an den Kanton (freiwillig) auslagern können. Damit werden die Abläufe vereinfacht und vereinheitlicht.

In Kürze

Diskutiert wurden auch einige Interpellationen, so unter anderem zum Thema **«Situation private Schulen»**, **«Erschliessungsbeiträge»**, **«Traktorpulping»** und die **«Wohnsitzpflicht»**.

Die nächste Session findet am 11./12./19. Mai 2021 statt.

André Wyss

Persönlich

Neu eingereicht habe ich eine kleine Anfrage zum Thema **«Verbesserte Bedingungen für abgewiesene Asylbewerber»**. Primär geht es um die Frage, ob sich der Kanton Solothurn vorstellen könnte, das «Berner Modell» zu adaptieren. Dort wird die Unterbringung von abgewiesenen, aber nicht ausschaffbaren Asylbewerbern bei Privatpersonen viel offener gehandhabt, weil dies nachweislich einige Vorteile mit sich bringt. Der ausführliche Vorstoss kann auf meiner Webseite abgerufen werden.

Fraktionssprecher war ich beim Auftrag **«Bürokratieabbau – weniger Steuerrechnungen»**, Kommissionsprecher beim Thema **«Steuerliche Behandlung von Photovoltaik-Anlagen»**.

Beim Thema **«Situation private Schulen»** hatte ich quasi als Direktbetroffener ein Einzelvotum.